

Die neoliberale Integration Europas. Die Krise hat System

1. Krisenursachen	69
1.1 Polarisierung der Verteilung der Einkommen und Vermögen	69
1.2 Angebotsseitige Wettbewerbspolitik	72
1.3 Neoliberale Gestaltung des Finanzsektors und Systemgefährdung	73
<hr/>	
2. Disziplinierung unter dem Zwang der Märkte	74
2.1 Milliardenschwere „Rettungspakete“	74
2.2 Öffentliche Refinanzierung in Abhängigkeit vom privaten Finanzsektor	75
<hr/>	
3. „Krisenbekämpfung“ – Radikalisierung der neoliberalen Integrationsweise	77
3.1 Austerität	77
3.2 Strukturreformen	78
3.3 Finanzmarktregulierung und Bankenunion	79
<hr/>	
4. Was nun?	80

Judith Vorbach

Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik (WSG) der Kammer für Arbeiter und Angestellte Oberösterreich

Lukas Oberndorfer

Abteilung EU und Internationales der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien

Auszug aus WISO 3/2013

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstraße 40

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@isw-linz.at

Internet: www.isw-linz.at

Einleitung

*systemische
Ursachen
der Krise*

Immobilienkrise, Subprime-Krise, Bankenkrise, Finanzmarktkrise, Eurokrise, Schuldenkrise, Griechenlandkrise, Spanienkrise, ... Immer wieder werden im Zusammenhang mit der Vielfach-Krise¹ einzelne Aspekte oder Staaten ins Zentrum gerückt, selten aber systemische Ursachen diskutiert. Hier soll gezeigt werden, dass die fundamentalen Probleme des heutigen Europas auf die in den 1980er-Jahren beginnende Herausbildung des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus und der neoliberalen Integrationsweise der Europäischen Union zurückgehen²: Man setzte auf die „Vollendung“ des Binnenmarkts für Güter, Dienstleistungen, Arbeitskräfte und Kapital und privilegierte freie Märkte gegenüber demokratischen Entscheidungen, während man die Haushalts- und Geldpolitik starren Regeln unterwarf.

*Europa in
schlechtem
Zustand*

Trotz der Erfahrungen im Zusammenhang mit der Krise, der wachsenden Probleme und sich wiederholender Fehlprognosen wird die vorherrschende Integrationsweise nicht in Zweifel gezogen. Vielmehr verschärft ein „Reform-Bündnis“ aus neoliberalen Staatschefs, der EU-Kommission und europäischen Finanz- und Kapitalverbänden die Gangart – mit drastischen Folgen: Die Zahl der Arbeitslosen ist seit 2007 um 10,5 Millionen Menschen gestiegen, die wirtschaftliche Entwicklung war rückläufig, die massive Ungleichheit der Verteilung nahm zu, ebenso die Staatsschuldenquote.³ Trotz milliardenschwerer „Rettungsmaßnahmen“ ist keine nachhaltige Stabilisierung in Sicht, gleichzeitig werden soziale und demokratische Errungenschaften immer weiter ausgehöhlt.

*Zwang durch
„die Märkte“*

Dabei wirken Ungleichgewichte und Zwangslagen, die sich aus dem Marktmechanismus ergeben, wiederum als Druckmittel zur Durchsetzung weiterer Liberalisierung und Deregulierung, sowie zur Kürzung öffentlicher Leistungen. So meint Othmar Issing, ehemals Mitglied des EZB-Direktoriums und Chefvolkswirt der Notenbank: „Ich bin fest davon überzeugt, dass wir für eine stabile Währungsunion eine Kontrolle außerhalb der Politik brauchen.“ Er meint damit „die Märkte“, denn: „Länder führen offenkundig nur dann Reformen durch, wenn die Märkte schlechte Politik bestrafen.“⁴ Die Tiefe und die Dauer der Krise wird von neoliberalen Intellektuellen als Chance begriffen, „Reformen“ umzusetzen, die bisher als undurchsetzbar galten. So sieht etwa Mario Monti,

ehemals EU-Kommissar und Premier Italiens sowie Friedrich-August-von-Hayek-Preisträger, in der Dauer der Krise den Vorteil, dass die „Länder ihre Haushalte [andernfalls] nicht so stark saniert hätten und wieder schneller in alte Muster zurückgefallen wären.“⁵ Das ist auch der Grund, warum Angela Merkel ihrerseits in der Krise noch weiteres Potential für Strukturreformen sieht. Diese seien gerade jetzt, so die deutsche Kanzlerin in ihrer Rede vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos, durch Pakte für Wettbewerbsfähigkeit für alle Euro-Staaten verbindlich zu vereinbaren. Denn auch in Deutschland hätte erst die Zahl von fünf Millionen Arbeitslosen den entsprechenden Druck für eine wettbewerbliche Ausrichtung ermöglicht.⁶

Paul Krugman nimmt daher zurecht den Hinweis⁷ von David Harvey auf, die neoliberale Austeritäts- und „Reformpolitik“ als „Gegenrevolution“ der Vermögensbesitzer zu verstehen: Diese Politik sei nicht dazu da, um Defizite und Schulden zu reduzieren, sondern die Defizitpanik wird vielmehr als Rechtfertigung für den Abbau von Sozialprogrammen genutzt: „For economic recovery was never the point; the drive for austerity was about using the crises, not solving it. It still is.“⁸

Da die Fortsetzung und Radikalisierung der neoliberalen „Integration“ Europas aber noch weniger als in den 1980er-Jahren auf den Konsens der Menschen trifft⁹, lässt sie sich zunehmend nur mehr mittels der Umgehung demokratischer Verfahren und der Durchbrechung rechtsstaatlicher Anforderungen bewerkstelligen.¹⁰

*Radikalisierung
der neoliberalen
„Integration“*

Im vorliegenden Artikel wird in einem ersten Schritt gezeigt, welche systemischen Ursachen in die Krise geführt haben. Daran anknüpfend wird anhand von Beispielen dargestellt, wie auf die Krise mit einer Radikalisierung der neoliberalen Integration im Wege autoritärer Regelung geantwortet wird. Abschließend versuchen wir Grundsätze eines fortschrittlichen Gegenprojekts zu skizzieren.

1. Krisenursachen

1.1 Polarisierung der Verteilung der Einkommen und Vermögen

Zeitlich parallel zum „Aufschwung des Neoliberalismus“ kam

*Polarisierung der
Verteilung der
Einkommen*

es seit den 80er-Jahren in allen OECD-Ländern zu einer Polarisierung der Einkommensverteilung. Eine zentrale Ursache dafür war, dass durch die Liberalisierung der Güter- und Kapitalmärkte, verbunden mit einer Aushöhlung gesetzlicher Vorgaben (Deregulierung) und einer Schwächung der Gewerkschaften, die ArbeitnehmerInnen zueinander in Konkurrenz um möglichst niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen gedrängt wurden. Damit einher gingen Intransparenz im Finanzsektor und ein negativer Steuerwettbewerb, was eine effektive Besteuerung von Unternehmen und hohem Vermögen erschwerte. Massive Ungleichverteilung ist aber nicht nur ein soziales Problem, sondern wirkt auch als Nährboden für Wirtschaftskrisen¹¹:

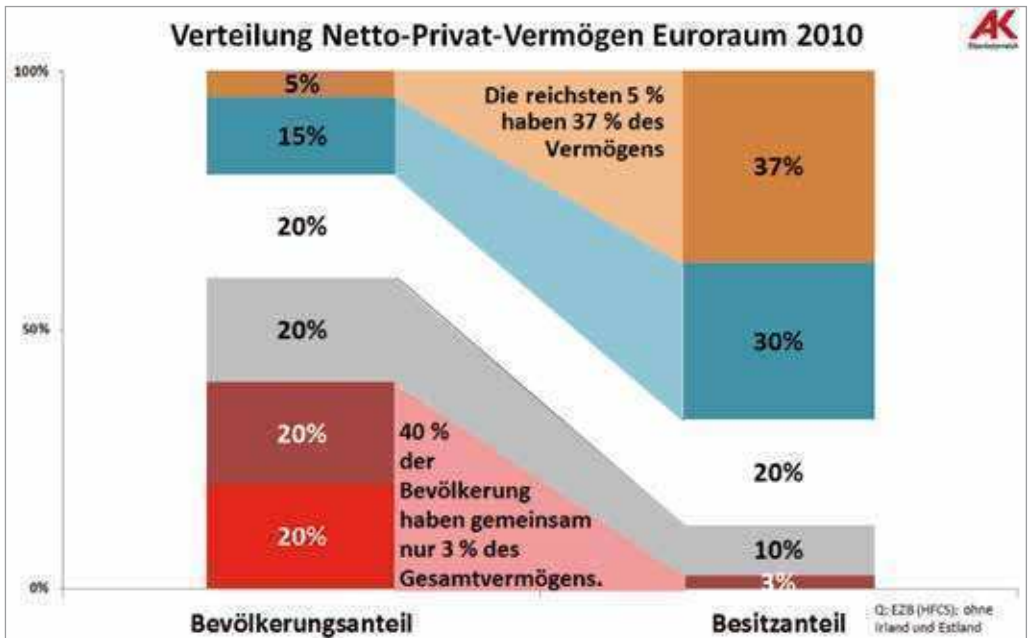
*Ungleichheit als
Nährboden für
Krisen*

Erstens führt die Verschiebung der Einkommen nach oben zu einer tendenziell stagnierenden Nachfrage, da Menschen mit geringeren Einkommen eine vergleichsweise höhere Konsumneigung aufweisen als BesserverdienerInnen. In Folge geraten auch Unternehmen in Schwierigkeiten, die ihre Produkte nicht mehr verkaufen können, weshalb wiederum der Anreiz für Investitionen sinkt. Zweitens haben sich durch das Bestreben, die schwächelnde Nachfrage auszugleichen, zwei fatale Strategien herausgebildet. In den USA und Großbritannien setzte man vor allem auf kreditgetriebenes Wachstum, bei dem privater Konsum durch Verschuldung finanziert wurde. Tatsächlich war auch der Rückgang der Löhne und Transferleistungen im globalen Vergleich größer als der Rückgang des Konsums. Insbesondere in Deutschland forcierte staatliche Politik durch die Schaffung eines Niedriglohnsektors, die Kürzungen von Sozialleistungen und die Deregulierung des Arbeitsmarktes (sogenannte Agenda 2010) hingegen die Exporte und befeuerte damit die Ungleichgewichte zwischen den Staaten im Euroraum. Dabei profitierten die so entstehenden „Exportweltmeister“ von der durch öffentliche und private Verschuldung finanzierten Nachfrage der USA, Spaniens, Griechenlands und anderer Länder. Beide Modelle wurden erst durch die Liberalisierung internationaler Kapitalflüsse möglich gemacht. Des Weiteren erhöhte zugespitzte Umverteilung von unten nach oben das sich auf der Suche nach Veranlagung befindliche Finanzkapital. In diesem Sinn stellt die Verbriefung von Subprime-Krediten das Bindeglied zwischen der Verschuldung der Menschen mit geringem Einkommen und den hohen Summen an Finanzvermögen dar. Zusätzlich verloren Investitionen in die

Produktivkräfte gegenüber Spekulationen am Finanzmarkt an Attraktivität, da Erstere weniger profitabel waren.¹²

Betrachtet man die Verteilung der Privatvermögen, wird die ungleiche Entwicklung ebenso deutlich. Laut einer Erhebung der Europäischen Zentralbank (EZB) besitzen die reichsten 20 Prozent der Bevölkerung der Länder im Euroraum (ohne Irland und Estland) mehr als zwei Drittel des gesamten – um Kredite und Schulden bereinigten – privaten Nettovermögens. Allein die reichsten fünf Prozent haben einen Besitzanteil von 37 Prozent. Und am unteren Ende der Reichtums-Hierarchie ist das vermögenslose Fünftel, das de facto nichts besitzt, gefolgt von den vermögensarmen 20 Prozent, die gemeinsam weniger als drei Prozent des Netto-Reichtums auf sich vereinen.¹³ (Vgl. Grafik)

*massive
Konzentration
der Vermögen*



In Bezug auf Österreich kam man im Rahmen einer Studie an der Universität Linz zum Ergebnis, dass hierzulande die Ungleichverteilung aufgrund der unzureichenden Erfassung extrem reicher Haushalte im obersten Segment der Vermögensverteilung bisher stark unterschätzt wurde: Unter Berücksichtigung dieser besonders hohen Konzentration von Vermögen ergibt sich ein drastisches Bild der akkumulierten Reichtümer: 10 Prozent der

Haushalte besitzen in Österreich somit nicht 61 Prozent, sondern 69 Prozent des Vermögens; bzw. das reichste 1 Prozent 37 Prozent (anstatt 22,9 Prozent) des Vermögens.¹⁴

*Privatvermögen
deutlich höher
als öffentliche
Verschuldung*

Eine zugespitzte Ungleichverteilung kennzeichnet aber auch das Verhältnis zwischen privatem und öffentlichem Sektor. So ist zum Beispiel das Privatvermögen in Deutschland fast viermal so hoch wie das Bruttoinlandprodukt (BIP), die Staatsverschuldung macht den im Vergleich dazu moderaten Anteil von 80 Prozent des BIP aus. Ähnlich in anderen Staaten: In Frankreich stehen 500 Prozent des BIP an Privatvermögen einer öffentlichen Verschuldung von 90 Prozent des BIP gegenüber, und in Italien etwa 550 Prozent Privatvermögen 125 Prozent öffentlichen Schulden.¹⁵ Dabei setzt sich das Vermögen der einen auch aus den Schulden der anderen zusammen. Wenn Staaten also ihre Schulden abbauen möchten, müssen private Vermögen reduziert werden und/oder es müssen sich private Unternehmen verschulden, um Investitionen zu finanzieren.

1.2 Angebotsseitige Wettbewerbspolitik

Druck auf Löhne

Wie oben bereits dargestellt, versuchte man in einigen Mitgliedstaaten den Mangel an inländischer Nachfrage mittels Steigerung der Exporte zu kompensieren. Dabei setzte man zuallererst auf angebotsseitige Wettbewerbsfähigkeit und im Zuge dessen auf geradezu kompromisslose Lohnzurückhaltung. So entwickelten sich die Lohnstückkosten (die die Relation von Lohnkosten zur Produktivität ausdrücken) in Deutschland deutlich schwächer als in anderen Eurostaaten und mitunter sogar negativ.¹⁶ Dies führte nicht nur zur weiteren Schieflage der Verteilung zu Lasten der ArbeitnehmerInnen, sondern trug auch wesentlich zur Destabilisierung der Währungsunion bei, indem sich die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen der Eurostaaten immer mehr steigerten. Diese ergaben sich aus den Importdefiziten und Exportüberschüssen der einen und den Importüberschüssen und Exportdefiziten der anderen.¹⁷

*Ungleich
gewichte zwi-
schen Staaten*

Orientiert man sich aber EU-weit am „Erfolgsmodell“ Deutschland, wird erst recht eine Negativspirale in Gang gesetzt. Wenn sämtliche EU-Mitgliedstaaten gleichzeitig auf nationalen Wettbewerb über den Weg schwacher Lohnentwicklung setzen, schrumpft auch die Nachfrage aus sämtlichen Ländern gleichzeitig. Allerdings kommen

entscheidende 87 Prozent der europäischen Nachfrage aus Ländern der EU. Die Strategie, die reduzierte Nachfrage aus der EU durch Nachfrage aus Nicht-EU-Ländern wettzumachen¹⁸, wird daher zumindest mit Bezug auf die ganze Union nicht erfolgreich sein.

schrumpfende Nachfrage

1.3 Neoliberale Gestaltung des Finanzsektors und Systemgefährdung

Bei der Interpretation und Gestaltung des Finanzsektors wird seitens Wissenschaft, Regierungen und Behörden weitgehend von der sogenannten Effizienzmarkthypothese ausgegangen. Dieser neoklassischen Theorie zu Folge bringen „freie Märkte“ im Ergebnis faire Wertpapierpreise, eine effiziente Allokation der Finanzanlagen und eine optimale Risikoabsicherung. Es wird zu Grunde gelegt, dass alle MarktteilnehmerInnen rational handeln und ihre Entscheidungen auf alle vorhandenen Informationen basieren, die wiederum allen gleichzeitig zur Verfügung stehen. In diesem Denkschema werden Märkte als effizient und regulatorische Eingriffe als Quelle von Ineffizienzen betrachtet. Trotz überzeugender Gegenthesen und entsprechender empirischer Nachweise bildete diese Hypothese die Grundlage für eine umfassende Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte.¹⁹ Dies, obwohl der damit einsetzende freie Kapitalverkehr bereits seit den frühen 70er-Jahren mit zahlreichen Finanzkrisen einherging, wie etwa der-Japankrise in den 90er-Jahren.

Deregulierung des Finanzsektors

Aufgrund der Aufweichung der Regulierung gewann der Handel mit Finanzinstrumenten gegenüber der Finanzierung von Investitionen in die Produktivkräfte immer mehr an Bedeutung, und führte in vielen Banken zu einer Aufblähung der Bilanzen. Der Preisverfall am US-Immobilienmarkt bzw. der Wertverlust der darauf basierenden Finanzprodukte gab 2007 den Anstoß zur Bankenkrise. Die Furcht vor einem massenhaften Ansturm auf Banken und einem Zusammenbruch des Zahlungsverkehrs stand im Raum. Während verstärkt seit der Krise auf der einen Seite Sparen im Bereich des Sozialstaates zum obersten Prinzip erklärt wird, werden auf der anderen Seite mit dem Druckmittel „Systemgefährdung“ öffentliche Gelder zum Bail-out privater und in der Regel äußerst gewinnträchtiger Unternehmen eingesetzt. Und dies, nachdem die Finanzinstitute teilweise regen Eigenhandel mit hochspekulativen Finanzprodukten betreiben, mit einer sehr geringen Eigenkapitalbasis arbeiten (was die Eigenkapitalrenta-

Systemgefährdung durch Banken

Rettung von Vermögen

bilität bzw. den Gewinn auf das eingesetzte Kapital erhöht) und über den Weg von Schattenbanken Regulierungsvorschriften umgehen. Angesichts der sehr ungleichen Verteilung der (Finanz-) Vermögen bedeutet die „Rettung“ von Finanzinstituten aber auch die „Rettung“ privater Großvermögen. In diesem Sinn dienen die Stabilisierungsmaßnahmen auch dazu, dass sich die Vermögenden Europas auf Kosten der Massen der EinkommensbezieherInnen gegen eine (Teil-)Enteignung zur Wehr setzen.²⁰

2. Disziplinierung unter dem Zwang der Märkte

2.1 Milliarden schwere „Rettungspakete“

Anstieg der Staatsschulden

Insgesamt kam es im Gefolge der Finanzkrise und dem damit einhergehenden Konjunkturreinbruch zu einem sprunghaften Anstieg der öffentlichen Verschuldung. Lag diese im Euroraum im Jahr 2007 bei 66,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), stieg sie 2008 auf 70,1 Prozent des BIP und im Jahr 2009 auf 79,9 Prozent, wobei einige Länder besonders stark vom Anstieg der Verschuldung betroffen waren. Inzwischen ist die Verschuldung im Euroraum bei über 90 Prozent des BIP gelandet, und dies, obwohl deren Abbau als höchstes wirtschaftspolitisches Ziel angegeben wird.

Kosten der Bankenrettung für Staaten

Ein wesentlicher Teil des sprunghaften Schuldenanstiegs geht auf den Finanzsektor zurück. In allen außer sieben EU-Staaten wurden im Zuge der Finanzkrise zwischen 2007 und 2012 Interventionen unternommen.²¹ Aufgrund dieser Maßnahmen zur Rettung von Banken fielen die öffentlichen Schulden 2012 im Euroraum um 523 Mrd. Euro höher aus²². Gleichzeitig schwelt die Gefahr, dass Teile der „möglichen“ Schulden (contingent liabilities) ebenso „real“ werden. Diese bestehen vor allem aus Haftungen und betragen 2012 weitere 600 Mrd. Euro.²³ Aber nicht nur der Schuldenstand, auch das jährliche Defizit fällt aufgrund der „Bankenrettung“ seit 2009 in sämtlichen EU-Staaten höher aus, und zwar EU-weit in den Jahren 2009 bis 2012 um 140 Mrd. Euro. Zu substantiellen Auswirkungen auf das Defizit kam es 2010 unter anderem in Deutschland und besonders drastisch in Irland. 2012 hätte das Defizit in Spanien ohne Bankenunterstützung 6 statt 10 Prozent des BIP betragen und in Griechenland 7,1 statt 10,6 Prozent des BIP.²⁴

Die zugespitzte Verschuldung der Nationalstaaten reichte zur Bankenrettung jedoch noch lange nicht. Begleitet wurde diese

von umfangreichen Refinanzierungsgeschäften der Europäischen Zentralbank (EZB), bei denen sich Banken Geld für drei Jahre zum Leitzins leihen konnten.²⁵ Gemeinsam mit den „Rettungsschirmen“ für Staaten und vor allem auch durch die Ankündigung von EZB-Präsident Mario Draghi im September 2012, dass die EZB „als wirksamer Schutzschild für die Eurozone gegen die Stürme an den Märkten“ unbegrenzt Anleihen von Staaten kaufen würde, konnte eine massive Zuspitzung der Krise auf den Finanzmärkten vermieden werden. Dass nicht nur die Gelder aus den Rettungsschirmen mit strengen Auflagen zur Durchführung neoliberaler Strukturreformen versehen sind, sondern auch die Anleihekäufe, wurde 2011 besonders augenfällig, als ein Brief der EZB öffentlich wurde.²⁶ In diesem wird die italienische Regierung u. a. aufgefordert, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, eine Verlagerung der Kollektivvertragsverhandlungen auf die Unternehmensebene und die Deregulierung des Arbeitsrechts voranzubringen. Um keine Zeit zu verlieren, legte die EZB nahe, diese Maßnahmen im Wege von Notstandsverordnungen (!) exekutiv zu beschließen.²⁷

Stabilisierungsmaßnahmen unter der Bedingung von ...

Des Weiteren muss auch hinsichtlich der „Staatenrettungen“ der Finanzsektor verstärkt in den Fokus gerückt werden. Bei der „Rettung“ Griechenlands landeten 77 Prozent der eingesetzten 206,9 Mrd. Euro direkt oder indirekt beim Finanzsektor: 28 Prozent bei griechischen Banken und fast 50 Prozent bei ausländischen Gläubigern. Nur maximal 22 Prozent flossen in den griechischen Staatshaushalt.²⁸ Obwohl die Stützung des Finanzsektors eine zentrale Rolle im Rahmen der „Staatenrettungen“ insgesamt spielt, werden diese an rigorose austeritätspolitische Maßnahmen und neoliberale „Strukturreformen“ geknüpft. Aufgrund der einbrechenden Wirtschaft ergeben sich jedoch öffentliche Minder-einnahmen und Mehrausgaben, sodass das Ziel des Abbaus der Staatsschuldenquote letztendlich nicht gelingt. Dies kann auch nicht durch Erlöse aus den seit der Krise stark angestiegenen Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen und Vermögen (Wasserversorgung, Energie, Verkehrsinfrastruktur, Gesundheit, Post ...) wettgemacht werden.²⁹

... massiver Austeritätspolitik und Abbau von Rechten von ArbeitnehmerInnen

2.2 Öffentliche Refinanzierung in Abhängigkeit vom privaten Finanzsektor

Die andere Seite der Medaille der „Schuldenkrise“ ist die Gläubigerseite. Deutsche und französische Banken hielten ein Viertel

*plötzlicher
Abbruch der
Kapitalflüsse*

aller Auslandsforderungen gegenüber den USA, 60 Prozent der Auslandsforderungen gegenüber Italien, etwa die Hälfte gegenüber Spanien, 42 Prozent gegenüber Griechenland, 37 Prozent gegenüber Irland und 33 Prozent gegenüber Portugal. Zunächst waren europäische Banken massiv von der US-Immobilienkrise betroffen. Zwischen 2007 und 2008 haben z.B. deutsche Banken 11 Prozent der weltweiten Abschreibungen durch die Subprimekrise realisiert. Diese Verluste führten zum Schrumpfen des Eigenkapitals, welches ohnehin alles andere als üppig war. Damit die Banken ihre eigenen Gläubiger ausbezahlen konnten, lösten sie ihre Positionen (durch Kündigung von Interbankkrediten und den Verkauf von Staatsanleihen) in den heutigen Krisenländern auf. Nachdem die Leistungsbilanzdefizite der „Krisenstaaten“ seit Beginn der Eurozone 1999 mittels großzügiger Kreditflüsse finanziert worden waren, brachen diese mit 2008 abrupt ab, ein als „Sudden Stop“ bezeichnetes Phänomen. Dadurch gerieten die Banken der Krisenländer in Schwierigkeiten und kündigten Kredite an ihre inländischen Gläubiger. Als Folge dieser Verknappung des Kreditangebots griff der „Marktmechanismus“ in Form höherer Zinsen. Die darüber verursachten extremen Zinssteigerungen trieben die Staaten immer weiter in Richtung Staatsbankrott. Diese Übertragung von Finanzkrisen auf Staaten und dann im Zuge von Austeritätsprogrammen auf ArbeitnehmerInnen ist nicht neu. Nach ähnlichem Muster lief die Krise in Lateinamerika in den 1980er-Jahren und die Asienkrise Ende der 90er-Jahre ab.³⁰

*Gewinne mit
Kreditausfalls-
versicherungen*

Die Turbulenzen am Markt für Staatsanleihen werden auch dadurch verstärkt, dass auf die Kreditwürdigkeit von Staaten spekuliert und damit aus deren Zahlungsschwierigkeiten Profit gezogen wird. Dies erfolgt über den Weg sogenannter Kreditausfallsversicherungen (Credit Default Swaps – CDS). Dabei garantiert ein Sicherungsgeber im Fall der Zahlungsunfähigkeit des Schuldners die Auszahlung der gesamten Kreditsumme. Für diese Garantieleistung erhält der Sicherungsgeber eine Prämie, deren Höhe sich nach der Kreditwürdigkeit des Schuldners richtet. CDS werden aber auch gehalten, ohne dass jemand z.B. Staatsanleihen besitzt (ungedekte CDS). Wenn das Rating des Staates herabgestuft wird, erhöht sich der Wert der bereits abgeschlossenen CDS. Kommt es gar zum Kreditausfall, werden hohe Summen fällig. CDS werden in diesem Sinn auch mit einer Brandschutzversicherung auf das Nachbarhaus verglichen. Für

die Staaten aber können die sehr volatilen CDS-Prämien die Finanzierungskosten bzw. die Zinsen empfindlich nach oben treiben.³¹

Eine entscheidende Rolle bei den existentiellen Finanzierungskrisen einiger Eurostaaten spielt aber auch, dass in der Währungsunion keine direkte Kontrolle der Einzelstaaten über die Politik der Zentralbank besteht. Bei der Gründung der Währungsunion schloss man auch aus, dass man füreinander haften würde (No-Bail-out-Klausel) und verbot den Direkterwerb von Anleihen durch die EZB (Art. 123 bis 125 AEUV). Somit sind Eurostaaten weitgehend auf den privaten Finanzsektor angewiesen, dem seinerseits alle Freiheiten des Kapitalverkehrs gewährt werden. Die „Auslieferung“ an den Markt wirkt dann als Druckmittel zur Durchsetzung massiver Kürzungspolitik. Dass die nationalstaatlichen Staatsapparate nicht „Opfer“ dieser Entwicklung sind, sondern diese selbst vorangetrieben haben, um die Kräfteverhältnisse zuungunsten der Lohnabhängigen und sozialer Sicherungssysteme zu verschieben, lässt sich u.a. daran zeigen, dass es der durch die Mitgliedstaaten besetzte Wirtschafts- und Finanzausschuss (Art. 134 AEUV) war, der das rechtliche Korsett zur Disziplinierung durch die Finanzmärkte im Rahmen der Verhandlungen über den Vertrag von Maastricht erstmals vorschlug.³²

*Architektur der
Währungsunion*

3. „Krisenbekämpfung“ – Radikalisierung der neoliberalen Integrationsweise

3.1 Austerität

Unbeeindruckt von der Systemkrise fand man im Frühling 2010 eine „neue – alte“ Krisenursache, die sich wesentlich besser in das neoliberale Denkschema einfügte, nämlich die „fehlende haushaltspolitische Disziplin“ bzw. den „überbordenden Sozialstaat“. Die Krise wurde als „Staatschuldenkrise“ neu erzählt und damit die Tür für radikale Kürzungsprogramme aufgestoßen. Zum obersten Ziel wurde es, das „Vertrauen“ jener Märkte zu gewinnen, deren Kollaps man gleichzeitig mit Hilfe von Milliardensummen öffentlicher Gelder verhinderte.

*Deutung als
„Staatschulden-
krise“*

Im Kern der darüber gerechtfertigten weiteren Zuspitzung der Austeritätspolitik steht die Verschärfung des Stabilitäts- und

*Zuspitzung der
Austeritätspolitik*

Wachstumspaktes durch die sogenannte „New Economic Governance“ (ein Paket aus sechs Rechtsakten, daher auch als „6-Pack“ bezeichnet, welches im Herbst 2011 in Kraft getreten ist) und der Fiskalpakt. Die damit verbundenen Maßnahmen verpflichten die Haushaltspolitik auf noch strengere Defizitgrenzen und Ausgabenregeln, zu einem drastischen Abbau bestehender Schulden und zur Einführung von Schuldenbremsen durch nationalstaatliches Recht, die durch automatische Korrekturmechanismen effektiert werden. Die Maßnahmen hätten ordnungsgemäß allerdings nur durch ein ordentliches Änderungsverfahren der europäischen Verträge eingeführt werden können. Da für eine entsprechende neoliberale Vertiefung der Union kein Konsens mehr besteht, kam es zu einer Umgehung: Die einschlägigen Verordnungen der „New Economic Governance“ stützte die Kommission auf eine offensichtlich untaugliche Vertragsgrundlage.³³ Den Fiskalpakt errichteten die Staats- und Regierungschefs überhaupt unter Flucht aus dem Europarecht als völkerrechtlichen Vertrag.³⁴

*Durchsetzung
mittels
Umgehung*

*Druck auf Löhne
und Arbeits-
bedingungen*

3.2 Strukturreformen

Entlang der Denkschemata angebotsseitiger Wirtschaftspolitik werden die hohen Defizite in der Leistungsbilanz als Folge mangelnder Wettbewerbsfähigkeit im Export gesehen. Man erzwang im Rahmen der „Reformprogramme“ Lohnsenkungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen.³⁵ Aufgrund autoritärer Eingriffe in die Lohnpolitik in den Krisenstaaten kam es zwischen 2010 und 2012 zu einem Sinken der Reallöhne in 18 Ländern, wie zum Beispiel in Griechenland (-20,2 Prozent), Ungarn (-6,9 Prozent) und Spanien (-6,4 Prozent).³⁶ Der „Erfolg“ dieser Politik liegt laut EU-Kommission in einem Rückgang des Leistungsbilanzdefizits in den Krisenländern. Bei genauerer Betrachtung handelt es sich dabei aber um einen Einbruch der Inlandsnachfrage. Tatsächlich gehen die Kostensenkungen und die Missachtung der Nachfragekette auf Kosten von Wohlstand.³⁷

In jenen Ländern, die um Rettungsgelder ansuchen mussten, konnte das neoliberale „Reform-Bündnis“ entsprechende Maßnahmen im Wege der sogenannten Memoranda of Understanding der Troika durchsetzen. Mit der Beschlussfassung der „New Economic Governance“ im Herbst 2011 gelang eine erste Ausweitung dieser Politik auf jene Staaten, in denen die EU-Kommission ein übermäßiges Ungleichgewicht feststellt. Die

betroffenen Länder müssen sich in der Folge in einem Korrekturmaßnahmenplan auf verbindliche Maßnahmen zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit festlegen. Die von Kanzlerin Merkel in Davos angesprochenen Pakte für Wettbewerbsfähigkeit, über die im Dezember 2013 eine Grundsatzvereinbarung erzielt werden soll, gehen noch einen Schritt weiter. Darin sollen sich alle Euro-Staaten vertraglich zur Deregulierung ihrer Arbeitsmärkte, zur Reform ihrer Pensionssysteme und zur Senkung ihrer Löhne verpflichten. Auch diese Forcierung neoliberalen Strukturangepasstung folgt dem Muster autoritärer Gesetzgebung: Weder für das Verfahren bei übermäßigen Ungleichgewichten noch für die Pakte für Wettbewerbsfähigkeit lässt sich eine taugliche Rechtsgrundlage in den europäischen Verträgen auffinden.³⁸

*autoritäre
Regelung*

3.3 Finanzmarktregulierung und Bankenunion

Zwar gab es rege Aktivitäten im Bereich der Finanzmarktregulierung und es wurden kleine Schritte in die richtige Richtung gemacht. Insgesamt passt man aber vielmehr die Regulierung den Entwicklungen auf den Märkten an, anstatt für den Marktprozess klare Regeln vorzugeben oder gar eine Schrumpfung der Finanzmärkte und eine Überführung des Kreditystems in eine öffentliche Dienstleistung in Angriff zu nehmen. Das neue Regelwerk ist vielmehr offen für Schlupflöcher und Interpretationsspielräume und äußerst zaghaft. Die hohe Komplexität, die große Anzahl an delegierten Rechtsakten und der starke Einfluss des Finanzsektors bei der Erarbeitung der Regeln rücken das Regelwerk insgesamt in ein demokratiepolitisch nicht unproblematisches Licht.

*Regeln dem
Markt anpassen*

Auch hat die „Vollendung der Bankenunion“ laut Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (Tagung vom 27./28. Juni 2013) oberste Priorität. Die Begründung dazu lautet: „Nur so lässt sich die Finanzstabilität sicherstellen, die Fragmentierung der Finanzmärkte verringern und eine normale Kreditvergabe an die Wirtschaft wiederherstellen.“ Besonders im Fokus steht dabei der einheitliche Aufsichtsmechanismus, im Rahmen dessen die Bankenaufsicht bei der Europäischen Zentralbank gebündelt wird. Weiters möchte man einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus installieren.³⁹ Ob diese Maßnahmen im Rahmen der Bankenunion zur Erlangung eines stabilen und die Gesamtwirtschaft unterstützenden Finanzsektors ausreichen, ist zu bezweifeln.

Bankenunion

4. Was nun?

*gemeinsames
Interesse an ...*

Ein Bruch mit der neoliberalen Integrationsweise wird immer dringlicher. Dabei ist nationale Abkapselung nicht zielführend. Vielmehr drohen die Nationalisierung der Krisenphänomene und eine weitere Zuspitzung chauvinistischer Strategien den Blick auf gemeinsame Interessen und Betroffenheit der ArbeitnehmerInnen zu verstellen. Der Fokus auf die Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverteilung, die letztlich Ergebnis einer gigantischen Aneignung von Mehrwert durch die Ausbeutung fremder Arbeit darstellt, macht demgegenüber deutlich, dass vor allem die Ungleichheit erneut in den Fokus gerückt und langfristig aufgehoben werden muss. Daraus resultiert ein gemeinsames Interesse von ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen, Älteren und sozial Benachteiligten aus ganz Europa an einer solidarischen und demokratischen Wirtschaftspolitik.

*... solidarischer
und demokratischer
Wirtschaftspolitik*

Diese hat mehrere Dimensionen: beschäftigungsfördernde und auf eine ökologische Transformation zielende Konjunkturpolitik, den Ausbau von sozialer Infrastruktur und Sicherungsnetzen, zwischenstaatliche Kooperation statt Konkurrenz, eine zumindest an der Produktivitätsentwicklung orientierte Lohnpolitik, eine massive Schrumpfung des Finanzsektors, steuerpolitische Koordination und Harmonisierung (Bekämpfung von Steuerwettbewerb und Steuerumgehung, harmonisierte Unternehmens-Mindestbesteuerung, Bankensteuern, Besteuerung von Vermögen ...).

*umfassende
gesellschaftliche
Demokratisierung*

Diese Aufhebung von auf Konkurrenz beruhender Wirtschaftspolitik innerhalb des Binnenmarktes muss mit einer Überwindung von wettbewerblichen und damit auf soziale und ökologische Ausbeutung gestützten Wirtschaftsstrukturen im internationalen Maßstab gekoppelt sein. Eine Bewältigung der gegenwärtigen Vielfachkrise im Interesse der Lohnabhängigen lässt sich daher nur durch eine umfassende gesellschaftliche Demokratisierung erreichen, die weit mehr als die politischen Institutionen zum Gegenstand hat.

Anmerkungen

1. Demirović, A. / Dück, J. / Becker, F. / Bader, P., Vielfachkrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg 2010
2. Demirović, A. / Sablowski, T., Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa, in: PROKLA 4/2011, S. 77
3. Marterbauer, M., Die neoklassische Wirtschaftspolitik der EU ist gescheitert,

in: infobrief eu & international, Juli 2013, S. 1

4. Othmar Issing, Handelsblatt 15.7.2013, „Wir brauchen die Kontrolle durch die Märkte“
5. Handelsblatt 11.7. 2013, Montis Mahnung
6. Abrufbar unter www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2013/01/2013-01-24-merkel-davos.html (8.8.2013).
7. Harvey, D., A Brief History of Neoliberalism, Oxford 2005
8. http://www.nytimes.com/2012/06/01/opinion/krugman-the-austerity-agenda.html?_r=0
9. Der Übergang von zumindest passivem Konsens zu aktivem Dissens vollzieht sich allerdings räumlich differenziert und verläuft überraschend parallel zur ungleichen aber kombinierten Entwicklung des Europäischen Kapitalismus.
10. Siehe dafür ausführlich Oberndorfer, L., Vom neuen, über den autoritären zum progressiven Konstitutionalismus? – Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit und die europäische Demokratie, in: *juridikum* 1/2013, S. 76 (auch online verfügbar unter <http://bit.ly/oberndorfer>)
11. Vgl. Stockhammer, E., Polarisierung der Einkommensverteilung. Strukturelle Ursache der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise, in: *Wirtschaftspolitik – Standpunkte* 3/2011
12. Vgl. Schreiner, P., Soziale Ungleichheit als Krisenauslöser, *Blog Arbeit und Wirtschaft*, 17. Juni 2013
13. Vgl. Csoka, B., Privatvermögen, Beitrag auf der Homepage der AK OÖ, http://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaftspolitikundeuropaeische_union/Privatvermoegen.html
14. Vgl. Schütz, B., Unterschätzung der Vermögensungleichheit durch Untererfassung der reichsten Haushalte, *Blog Arbeit und Wirtschaft*, 5. August 2013
15. Böckler impuls, Finanzkrise. Verfassung erlaubt Vermögensabgabe, Ausgabe 13/2012, http://www.boeckler.de/impuls_2012_13_3.pdf
16. Böckler Impuls, Lohnpolitik gefährdet Währungsunion, Ausgabe 3/2009, http://www.boeckler.de/22193_22201.htm
17. Feigl, G. /Zuckerstätter, S., Wettbewerbsorientierung ein europäischer Irrweg, in: *infobrief eu & international* 4/2012, S. 1
18. Vgl. AK Österreich, Die EU auf Kurs bringen. Ein neues Europa für die Menschen, Wien, Jänner 2013, S. 28
19. Schuberth, H., Finanzmarkteffizienz und Neoliberalismus, in: *Europa am Scheideweg, Marktkonforme Demokratie oder demokratiekonformer Markt*, Linz 2012, S. 21
20. Botsch, A., Wege aus einer falschen Krisenpolitik, in: *Wirtschaftspolitik – Standpunkte* 01/2013, Hrsg.: AK Wien, S. 3
21. Vgl. Eurostat 2013, Supplementary Tables for the Financial Crises, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/government_finance_statistics/excessive_deficit/supplementary_tables_financial_turmoil
22. Vgl. ebenda, Summary table for the financial crisis
23. EC (Eurostat), Eurostat supplementary table for the financial crisis, Background note (April 2013), http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/government_finance_statistics/documents/Background_note_fin_crisis_Apr_2013_final.pdf
24. Eurostat, Support for financial institutions increases government deficits in 2012, *Statistics in focus* 10/2013, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/government_finance_statistics/documents/SIF-fin_crisis_impact-EDP.pdf
25. Bofinger, P., Das infernalische Dreieck. Wie Staatsschulden, Bankenkrise und Rezession den Euroraum gefährden, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 10/2012, S. 55
26. Dinmore, Guy/Atkins, Ralph, ECB letter shows pressure on Berlusconi, *FT* v. 29.11.2011.
27. Siehe für den vollständigen Brief http://www.corriere.it/economia/11_settem-

- bre_29/trichet_draghi_inglese_304a5f1e-ea59-11e0-ae06-4da866778017.shtml (1.8.2013)
28. Attac, Griechenland-„Rettung“: 77 Prozent flossen in den Finanzsektor, 17.6.2013, <http://www.attac.at/news/detailansicht/datum/2013/06/17/griechenland-rettung.html>
 29. Zacune, J. et al.: *Privatising Europe. Using the crises to entrench neoliberalism.* Veröffentlicht von Transnational Institute, Amsterdam März 2013, S. 8
 30. Lindner, F., *Wie die Eurokrise entstand. Der Bankenvirus aus Übersee, Arbeit und Wirtschaft Blog*, Juli 2013
 31. Vgl. Arbeiterkammer OÖ, *Finanzmärkte gefährden sozialen Frieden in Europa, Daten und Fakten Juli 2011*, http://media.arbeiterkammer.at/ooe/interessenpolitik/europaeische_union/DuF_2011_Finanzmaerkte.pdf
 32. Gnan, E., in: Groeben/Thiesing/Ehlermann, *Kommentar zum EU-/EG-Vertrag*⁵, Baden-Baden 1997, Art. 104 EGV, Rn 12.
 33. Siehe weiterführend und mit entsprechenden Hinweisen Oberndorfer, L., *Eine Krisenerzählung ohne Kompetenz – Economic Governance rechtswidrig?*, in: *infobrief eu & international* 3/2011, 7 (auch online verfügbar unter <http://bit.ly/oberndorfer>)
 34. Siehe für eine ausführliche Darstellung Oberndorfer, L., *Der Fiskalpakt – Umgehung der „europäischen Verfassung“ und Durchbrechung demokratischer Verfahren?*, *juridikum* 2/2012, S. 168 (auch online verfügbar unter <http://bit.ly/oberndorfer>).
 35. Schulten, T. / Müller, T., *A new European Interventionism? – The impact of the New European Economic Governance on Wages and Collective Bargaining*, in: Natali, D. / Vanhercke B. (eds.), *Social Developments in the EU 2013*, Brussels 2013
 36. Csoka, B., Vorbach, J., *Europäische Solidarität für eine faire Verteilung in Europa*, in: *Wirtschaftspolitik – Standpunkte* 2/2013, S. 26
 37. Marterbauer, M., *Die neoklassische Wirtschaftspolitik der EU ist gescheitert*, in: *infobrief eu & international*, Juli 2013, S. 4
 38. Siehe für eine weiterführende Darstellung Oberndorfer, L., *Die Antwort auf die soziale Krise: Troika für alle! – Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit als nächste Etappe in der Entdemokratisierung der Wirtschaftspolitik?*, *infobrief eu & international* 1/2013, S. 26 (auch online verfügbar unter <http://bit.ly/oberndorfer>)
 39. *Europäischer Rat, Schlussfolgerungen der Tagung vom 27. und 28. Juni 2013*

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@akooe.at
Internet: www.isw-linz.at